

Freier Personenverkehr

Mit Zuwandererabgabe

Gastkommentar

von REINER EICHENBERGER
und DAVID STADELMANN

Die Schweizer Zuwanderungspolitik passt ins postfaktische Zeitalter. Bundes-, National- und Ständerat unterschätzen die Kosten der Zuwanderung und versprechen Unhaltbares zu Wirkung und Aufwand ihrer Vorschläge. Offensichtlich stecken sie in vier Denkfallen, die an dieser Stelle erläutert sein sollen.

Erstens glauben viele, Personenfreizügigkeit wirke so positiv wie Freihandel. Das ist falsch. Freihandel mehrt den Gesamtwohlstand bei konstanter Bevölkerungszahl; die Verlierer können aus den grossen Gewinnen kompensiert werden. Personenfreizügigkeit und Zuwanderung hingegen mehren den Gesamtwohlstand bei steigender Bevölkerungszahl. Sie wirken nur dann längerfristig nicht negativ auf die Arbeitseinkommen, wenn alle Märkte völlig flexibel sind und so die Zahl der Arbeitskräfte und jene der Arbeitsplätze im Gleichschritt wachsen. Aber Vorsicht: Dann bleibt auch der Fachkräftemangel unverändert. Mit dem schnellen Bevölkerungswachstum werden jedoch verschiedene natürlich und künstlich beschränkt verfügbare Faktoren wie Boden, Infrastruktur, Umweltqualität usw. knapper. Dadurch sinkt der Wohlstand vieler Inländer. Die EU-Definition der Personenfreizügigkeit verbietet es aber, sie aus den Gewinnen zu entschädigen. Wegen des Diskriminierungsverbots müssten Neuzuwanderer ebenfalls begünstigt werden. Das aber würde noch mehr Zuwanderung und Bevölkerungswachstum bringen.

Zweitens meinen viele, die Zuwanderung sänke, wenn das inländische Arbeitskräftepotenzial, etwa Arbeitslose, Hausfrauen und Alte, besser genutzt würde. Doch das ungenutzte einheimische Potenzial ist verglichen mit der längerfristigen Zuwanderung minim. Zudem bringt seine effizientere Nutzung nicht weniger, sondern mehr Zuwanderung und Bevölkerungswachstum. Die Schweiz hat heute eine hohe Einwanderung, genau weil sie ihre Potenziale besser als die meisten EU-Länder nutzt. Entsprechend wächst die Zuwanderung, wenn sie ihre Potenziale noch besser nutzt und so ihre Standortattraktivität steigt.

Drittens ignoriert die Politik die beste Lösung. Die Schweiz muss das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum auf wirtschaftsfreundliche Art steuern, also mittels Preisen statt Kontingenten. Sie sollte von allen Neuzuwanderern (nicht von Flüchtlingen) während drei bis fünf Jahren eine einkommensunabhängige Tagespauschale von etwa 12 bis 15 Franken – ähnlich einer Kurtaxe – erheben. So bliebe der grosse Vorteil der Personenfreizügigkeit, dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderungen wandern können, erhalten. Die Zuwanderung ginge aber sicher zurück und würde für die Schweiz vorteilhafter.

Der Bundesrat hat Zuwandererabgaben nie ernsthaft geprüft. Viele Wirtschaftsvertreter fürchten wohl, sie erhöhten die Arbeitskosten. Doch diese Angst ist weitgehend unbegründet. Bekanntlich brachte die hohe Zuwanderung bisher keinen

allgemeinen Abwärts-Lohndruck. Entsprechend kann eine Reduktion der Zuwanderung auch nicht zu Aufwärts-Lohndruck führen. Vielmehr tragen alleine die Neuzuwanderer die Abgabenlast, und die bisherigen Einwohner profitieren. Ein anderer Einwand ist, Neuzuwandererabgaben seien nicht EU-kompatibel. Das stimmt heute. Viel wichtiger aber ist, dass sie EU-kompatibler als Kontingente sind. Die Europäische Union würde die Vorteile des Steuermodells wohl schnell verstehen, wenn ihr ein Teil der Einnahmen überwiesen würde.

Viertens rechtfertigen viele ihre Verrenkungen mit der angeblich immensen Bedeutung der Bilateralen I. Dabei berufen sie sich auf vom Bund beauftragte Studien, missverstehen aber deren Ergebnisse. Ein Beispiel ist die wichtige, sorgfältige Simulationsstudie von Ecoplan von Ende 2015. Der Bund betonte damals, dass bei Kündigung der Bilateralen I inkl. Personenfreizügigkeit das Schweizer BIP im Jahre 2035 um 4,9 Prozent tiefer wäre. Dabei zeigt die Studie, dass diese Effekte fast nur eine Folge tieferen Bevölkerungswachstums und Kapitaleinsatzes sind, hingegen die Arbeitseinkommen pro Arbeitskraft und die Kapitaleinkommen pro investierten Franken nur um 0,7 Prozent tiefer wären; ihr Wachstum bis 2035 betrüge gut 9 statt knapp 10 Prozent. Die gefundenen Effekte sind so klein, obwohl Ecoplan gemäss Bundesauftrag alle Wachstumsnachteile über 18 Jahre kumulierte und dabei annahm, Wirtschaft und Politik unterliessen Anpassungsmassnahmen. Durch die Personenfreizügigkeit ausgelöste Knappheitseffekte wurden ebenfalls nicht mitberücksichtigt.

Weshalb aber ignorieren Regierung, Parlament und Wirtschaftsverbände diese Überlegungen? Wir können nur spekulieren: Die Bürokratietheorie legt nahe, dass Politik und Verwaltung Bevölkerungswachstum lieben. Mit ihm wachsen ihre Budgets, ihre Aufgaben und ihre Bedeutung. Ähnlich nützt das Bevölkerungswachstum manchen Managern, weil es die Umsätze und Gewinne ihrer Firmen und so ihre Gehälter, Boni und ihr Ansehen wachsen lässt.

So oder so: Wir hoffen, dass das postfaktische Zeitalter bald endet – auch in der Schweizer Zuwanderungspolitik.

Reiner Eichenberger lehrt Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü., und David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.